Zeitung des Kreisverbandes der Linkspartei.PDS – Märkisch-Oderland

DIE LINKE.PDS IMPULSE

Strausberg · Seelow · Bad Freienwalde *April 2007*

Foto: Frank Schwarz



Keine Rente mit 67

Alternativen der Linken

»… In dieser Debatte geht es weniger um die heutigen Rentnerinnen und Rentner als vielmehr um die künftigen – weshalb ich auch nie verstehe, warum die Grünen immer sagen, das alles geschehe im Interesse der jungen Leute. Wieso soll es im Interesse der Jungen liegen, dass sie erst zu einem späteren Zeitpunkt Rente bekommen? Draußen demonstrieren übrigens gerade 3.000 junge Leute, weil sie von Ihren Vorschlägen so »begeistert« sind; das sollten Sie sich einmal ansehen.

Seit Jahren gab es für die Rentnerinnen und Rentner Null- und Minusrunden. Jetzt wird beschlossen, das Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre zu erhöhen. Bundesminister Glos und Bundesminister Schäuble weisen regelmäßig darauf hin: Das ist nicht das Ende, sondern erst der Anfang. Sie müssen das Renteneintrittsalter in Zukunft noch weiter erhöhen. Mich würde interessieren: An welches Renteneintrittsalter denken Sie? Wo soll das Ganze enden, bei 70, bei 75?

Ich muss Ihnen ganz klar sagen: Das ist keine Lösung des Problems. Wahr ist aber – hier sind wir gefordert –, dass wir Alternativen anbieten müssen. Es reicht nicht aus, nur zu sagen, dass einem das nicht passt. Solche Alternativen gibt es. Wir müssen zum Beispiel über die Frage nachdenken: Wer zahlt eigentlich in die gesetzliche Rentenversicherung ein? Zu Bismarcks Zeiten taten dies 90 Prozent der Beschäftigten. Heute sind dies nur noch 60 Prozent. Nur 60 Prozent der Einkommensbezieher sind abhängig beschäftigt und zahlen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Deshalb schlagen wir Ihnen erstens vor, schrittweise dazu überzugehen, alle Einkommensbezieher in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Zweitens. Es gibt Beitragsbemessungsgrenzen. Das heißt, mit dem oberhalb einer gewissen Grenze liegenden Einkommen haftet man nicht mehr für die Rentenversicherung. Wir schlagen Ihnen vor, die Beitragsbemessungsgrenzen schrittweise aufzuheben, sodass man auch für das höhere Einkommen Beiträge zahlen muss. Schließlich schlagen wir Ihnen vor, bei den Unternehmen die Sozialabgaben, die Sie leichtfertig Lohnnebenkosten nennen, nicht länger nach der heutigen Form zu berechnen. Man könnte zum Beispiel die Wertschöpfung der Unternehmen zugrunde legen, um bei der Berechnung flexibler vorgehen zu können und zu gerechteren Ergebnissen zu kommen. Ich möchte nicht, dass ein Unternehmen, das die doppelte Zahl von Beschäftigten, aber den gleichen Gewinn wie ein anderes Unternehmen hat, doppelt so hohe Abgaben wie letzteres Unternehmen zahlen muss. Hier muss man mehr Gerechtigkeit herstellen. Das wären echte Reformen. Aber Sie verschieben immer nur alles nach hinten, um die Rente zu kürzen.

Lassen Sie mich zum Schluss auf Folgendes hinweisen: Jahr für Jahr werden in derselben Arbeitszeit mehr Güter hergestellt und mehr Dienstleistungen erbracht; so viel können wir gar nicht verkaufen. In eine solche Zeit passt eine Kürzung der Arbeitszeit, nicht aber eine Verlängerung der Arbeitszeit um zwei Jahre. Es gibt nur zwei Gruppen, die etwas vom Wirtschaftsaufschwung haben: die Best- und Besserverdienenden und ein bestimmter Teil der Konzerne. Das ist das Problem.«

Gregor Gysi am 9. März im Bundestag

Abstimmungsverhalten der beiden MdB aus Märkisch-Oderland – Barnim II
am 9. März im Bundestag zu deutschen Tornadoeinsätzen und Rente mit 67

NEIN	**Dr. Dagmar Enkelmann, DIE LINKE.**
JA	**Petra Bierwirth, SPD**

In dieser Ausgabe

Welche Rechte hat Opposition? Seite 2

Wie gleich sind Frau und Mann? Seite 3

Frühlin(k) in der Politik Seite 4

Manipulierter Mais Seite 5

Den Marsch blasen … Seite 6

»Kollektives Töpfchensitzen« Seite 7

Urabstimmung für die Neue Seite 8

Themen der nächsten Ausgabe

Parteineubildung

Hartz IV ohne Ende

Klage gegen Tornados

1. und 8. Mai

Redaktionsschluss nächste Ausgabe 16.04.2007

DIE LINKE. gratuliert FREIe HEIDe

Anlässlich der Überreichung des Göttinger Friedenspreises Anfang März an die gleichnamige Bürgerinitiative erklärten die Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion Gregor Gysi und Oskar Lafontaine: Wir gratulieren den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der FREIen HEIDe zum Göttinger Friedenspreis, mit dem seit 1999 Einzelpersonen oder Gruppen geehrt werden, die sich »durch grundlegende wissenschaftliche Arbeit oder durch herausragenden praktischen Einsatz um den Frieden besonders verdient gemacht haben«. Diesen Anspruch erfüllt die Bürgerinitiative geradezu vorbildlich. Seit nunmehr 15 Jahren kämpft sie gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide im Nordwesten Brandenburgs. Sie ist inzwischen zur friedlichen Stimme der demokratischen Mehrheit in der Region geworden – der umliegenden Bevölkerung, von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern sowie von Landesparlamenten und -regierungen aus Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Sie alle wehren sich gegen die Pläne der Bundesregierung und der Bundeswehr, die Heide als Luft-Boden-Schießplatz zu nutzen. Mit ihren 103 Protestwanderungen sowie zahlreichen anderen Aktivitäten friedlichen Widerstands ist die FREIe HEIDe zum Motor einer der größten deutschen Bürgerrechtsbewegungen geworden. Der Göttinger Friedenspreis ist eine große Ermutigung für sie und für alle Gegnerinnen und Gegner des Bombodroms. DIE LINKE. wird weiterhin an der Seite der FREIen HEIDe stehen. Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, endlich den bürgerschaftlichen Mehrheitswillen zu respektieren und die Kyritz-Ruppiner Heide der Region zurück zu geben – für eine friedliche Nutzung!



Grundlegende Rechte der Opposition außer Kraft

Der Bundestag debattierte Minderheitenrechte

Nach ein und einem halben Jahren bestätigt sich: Grundlegende Rechte einer parlamentarischen Opposition sind de facto außer Kraft gesetzt. Das ist eine Tatsache, die wir Sitzungswoche für Sitzungswoche hier erleben. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

»Geschäftsordnungsfragen sind Machtfragen« … Machtfragen nicht einmal im guten Sinne des Wortes Macht, sondern etwa im Sinne der Ausschaltung der anderen, der Ausschaltung der Minderheiten, einseitiger Bevorzugung der Mehrheit.

Die Rede war vom Quorum zur Überprüfung eines Gesetzes hinsichtlich seiner Verfassungsmäßigkeit. Dieses Quorum ist eindeutig zu hoch. Dieses typische Oppositionsrecht ist heute real nicht wahrzunehmen, es sei denn, dass sich die Opposition, die sich innerhalb der Koalition findet, einem entsprechenden Antrag der Opposition anschließt. Das ist aber angesichts des herrschenden Fraktionszwangs relativ unwahrscheinlich.



Oder nehmen wir einen Untersuchungsausschuss, zumeist eingerichtet zum Aufdecken von – vorsichtig ausgedrückt – Unregelmäßigkeiten der Regierung. Die Geschäftsordnung erzwingt mit ihrem Quorum von 25 Prozent, dass sich die Opposition einig sein muss.

Ähnlich sieht es mit der Entscheidung über die Einrichtung von Enquete-Kommissionen aus. Das ist umso bedauerlicher, als über eine Enquete-Kommission Sachverständige in die parlamentarische Arbeit einbezogen werden.

Dass für die Einberufung einer ganz normalen Anhörung in den Ausschüssen ebenfalls 25 Prozent der Abgeordneten gebraucht werden, zeigt, dass die Regelungen unserer Geschäftsordnung in dieser Beziehung nicht mehr zeitgemäß sind.

Da sind wir beim eigentlichen Problem. In Konsequenz geht es um Rechte und Pflichten des gesamten Parlaments, um Gestaltung von Politik und natürlich um Kontrolle der Regierung. Gerade das Kontrollrecht ist im eigentlichen Sinne kein Oppositionsrecht, sondern ein Recht des ganzen Parlaments, das auch so wahrgenommen werden sollte.

Das Parlament hat sich in seiner Mehrheit inzwischen zum verlängerten Arm der Regierung degradiert, zum Abnickorgan für Regierungshandeln.

Eine Mehrheit des Parlaments bewegt sich immer weiter weg von der Mehrheit der Bevölkerung. Wir erleben heute, dass die Demokratie nachhaltig beschädigt wird. Umso wichtiger wird Opposition, umso wichtiger werden Minderheitenrechte in diesem Parlament. Mein Appell geht an Sie alle: Verschließen Sie sich einer solchen Debatte nicht! Sie geht uns alle an. Denken Sie daran: Wer heute in der Regierung sitzt, kann morgen schon in der Opposition sein und umgekehrt.«

Dagmar Enkelmann
am 2. März im Bundestag

Selbstbestimmung für schwer Kranke?

Diskussion um Patientenverfügung

Kommt ein Mensch in eine Lebenssituation, in der er nicht mehr fähig ist, Entscheidungen zu fällen, müssen andere für ihn bestimmen. Betroffen sind z.B. Menschen, die dement sind oder sich im Wachkoma befinden. Über die Dauer lebensverlängernder Maßnahmen, künstliche Ernährung oder die Verwendung von Antibiotika müssen dann Arzt oder Angehörige entscheiden. Immer mehr Menschen formulieren deshalb für den Fall des Falles ihren Willen in einer Patientenverfügung – mittlerweile 14 Prozent aller Deutschen. Das ist immer noch viel zu wenig, finden viele Ärzte und Anwälte. Die meisten Patientenverfügungen besagen, dass sehr lange Pflegebedürftigkeit und ein Leben im Wachkoma vermieden werden soll, um den Verfassern ein langes quälendes Ende zu ersparen. Doch Angehörige und Ärzte wissen oft nicht, wie sie in der Praxis mit dem festgeschriebenen Willen der Betroffenen umgehen sollen. Obwohl der Bundesgerichtshof 2003 entschied, dass Patientenverfügungen verbindlich sind, wenn die Krankheit einen unumkehrbar tödlichen Verlauf nimmt, sind viele Fragen offen. Vor allem, wann die Verfügung geltend gemacht werden soll: in der Sterbephase, bei Erkrankungen, die nicht tödlich verlaufen, bei Krankheiten mit schon absehbarem oder zu erwartendem Todeszeitpunkt. »Problematisch ist zudem, dass die Ärzte die Verfügungen teils nicht ernst nehmen und sich letztendlich für ihre lebenserhaltende Fürsorgepflicht entscheiden«, erklärte Hans Jörg Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer bei einer Anhörung der Linksfraktion im Bundestag Anfang März. Außerdem müsse man mit Verfügungen sehr junger Menschen vorsichtig sein. Sie könnten sich oftmals kaum in die Lage eines schwerkranken Menschen hineinversetzen. Das grundsätzliche Problem ist also: Gilt im Falle der Entscheidungsunfähigkeit der schriftliche Wille des Patienten, sprich das Recht auf Selbstbestimmung, oder die Entscheidung des Arztes?

Diese Fragen werden derzeit von allen Parteien kontrovers diskutiert, so auch innerhalb der Linkspartei. Dagmar Enkelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der LINKEN, plädiert für das Selbstbestimmungsrecht des Menschen: »Ich werde mich dafür einsetzen, dass eine möglichst uneingeschränkte Patientenverfügung geltendes Recht bleibt bzw. verbindlich geregelt wird«.

Susanne Götze

Was jetzt im Land geschehen muss!

Kerstin Kaiser auf dem Parteitag der Brandenburger Linkspartei

1. Brandenburg braucht ein Leitbild für alle; es ist mehr als die Metropolenregion Berlin!

Die Regierungen wissen, dass Deutschland »regional gespalten« bleiben wird. Die Probleme sind räumlich völlig verschieden. Wir denken also: Erstens müssen sich die Regionen ihrer selbst, ihrer Lage und Interessen bewusst werden und zweitens müssen natürlich regional und örtlich angepasste Entwicklungsstrategien entwickelt werden. Diese entstehen aber nicht am grünen Tisch oder von oben nach Gutsherrenart – sondern im Dialog. Wir sind da auf dem richtigen Weg! Es geht um sehr ernste, harte politische Auseinandersetzungen mit spürbaren Folgen für uns alle im Land. Wo wird noch eine Kita, eine Schule, ein Krankenhaus sein können? Wohin fährt noch ein Bus? Welche Stadt, welche Gemeinde hat noch Zukunft, weil finanziellen Spielraum? Im Dialog muss auch deutlich werden, was die Regierung sich noch erlauben kann – und was sie nicht wagen darf. Da braucht es unseren gemeinsamen Einsatz, vor allem aber die Kraft, die Brandenburg gewinnt, wenn wir mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, mit Verantwortungsträgern überall im Land, mit KommunalpolitikerInnen, GewerkschafterInnen und Bürgerinitiativen, mit Sozialverbänden und Kirchen erarbeiten, diskutieren und vertreten, was diesem Land gut tut, was es braucht.

2. Brandenburg braucht öffentliche Beschäftigung – und das bei sozial annehmbaren Bedingungen!

Bei der Einführung von Hartz IV im Januar 2005 betraf das 133.000 Menschen – im Januar 2007 waren es 141.000 Langzeitarbeitslose. 123.450 Menschen belegen als so genannte »Aufstocker« das politische Versagen, den Skandal von Hartz IV: Sie arbeiten, oft die ganze Woche, können aber aufgrund von Niedrigstlöhnen den eigenen Lebensunterhalt nicht bestreiten und müssen deswegen zusätzliche staatliche Leistungen beziehen. Wie viele Sorgen wären Land und Menschen genommen, wenn es die von uns geforderten acht Euro pro Stunde Mindestlohn verbindlich gäbe? Und es braucht dringend einen wirklichen Durchbruch zu öffentlicher Beschäftigung! Unser auf Euro und Cent durchgerechneten Modell für fast 5.000 Arbeitsplätze über fünf Jahre liegt vor: verbesserte Bildungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche, bessere Qualität von Ausbildung, um den Fachkräftenachwuchs zu sichern, die Sicherung der Nachfolge bei bestehenden Unternehmen, Existenz sichernde gesetzliche Mindestlöhne, verbesserte Förderstrukturen und -instrumente, eine Umverteilung von Arbeit, auch mit Arbeitszeitverkürzungen, und eine spezifische Förderung von Jugendlichen sind unsere Grundforderungen

3. Brandenburg braucht eine intelligente Einnahmepolitik und eine maßvolle und gezielte Ausgabenpolitik anstatt maßloser Kürzungen.

Schon mit dem für 2007 beschlossenen Haushalt hat die Regierung die Chance für ein Umsteuern vertan. Der Doppelhaushalt 2008/2009 wird wohl der dramatische Höhepunkt der haushalts- und finanzpolitischen Fehlsteuerung. Auf der Ausgabenseite gibt es keine konsequent durchgreifende Stärkung von Bildung und Hochschulen. Geplant sind offensichtlich weitere Kürzungen beim ÖPNV. Nicht geplant sind ein Umbau, ein Umsteuern in der Förderpolitik. Neue Finanzierungsinstrumente, wie wir sie schon lange fordern, wären so dringend notwendig zur Kompensation absehbarer Einnahmeverluste. Und bei den Einnahmen hat man sich offenbar endgültig in der Abhängigkeit von Transfers eingerichtet: Mit höherem Wachstum und damit Einnahmen aus Beschäftigung und Steuern rechnet offenbar nicht einmal die Landesregierung selbst. Wir gehen da anders heran: Öffentliche Ausgaben sind nicht verlorenes Geld, sondern Investitionen, die sich für die Gesellschaft rechnen müssen. Das fängt doch schon bei den Lehrer-Gehältern und den Schulen an. Oder warum wird öffentliche Beschäftigung immer wieder als Klotz am Bein, als unproduktiver Ballast abgetan, trägt sie doch auch zur Sicherung von Einkommen und zur Stärkung der Kaufkraft und auf diesem Wege zu Stabilisierung der einheimischen Wirtschaft und ihrer



Steuerkraft bei. Öffentliche Beschäftigung ist so also auch ein Mittel, um Finanzkreisläufe anzukurbeln. Nicht zuletzt gehört zu einer verantwortungsbewussten, auf Einnahmen orientierten Finanzpolitik noch etwas: Ein klarer Kopf und ein gerader Rücken der Landesregierung! Warum musste sie im Bundesrat bisher jedem Einnahmeverzicht durch neoliberale Steuerreformen zustimmen? Oder Hartz IV? Erwartet uns etwa wieder nur SPD/CDU-Parteiräson bei den anstehenden Verhandlungen zur Föderalismusreform II? Und warum stimmte die Landesregierung der Gesundheitsreform zu, die diesen Namen nicht verdient und die im Land von allen Betroffenen und Akteuren abgelehnt wird?

4. Bundespolitisches Engagement für die Interessen Brandenburgs.

Ich erinnere an den Mindestlohn! Und gute Bildung für alle? Die Kernfrage – die sozial bedingten Zugangsprobleme zu guter Bildung – wird immer noch nicht mit Konsequenz angepackt. Auch hier wird viel darüber geredet – aber am Ende kommt das Gegenteil heraus. Konturen einer neuen Politik für Brandenburg – da geht es weiter um Sozialtickets und Familienpässe. Aber warum wird über Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben, über Zugang zu Kultur und auch Erholung nur geredet?

Wir sind eine Opposition, die weiß, was Brandenburg braucht. Wir können und wollen dieses Land, in dem wir leben, sozialer gestalten und verändern. Wir kämpfen für das, was gut für Brandenburg ist. Das ist unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger. Wir lassen uns beim Wort nehmen: Für ein zukunftsfähiges, für ein solidarisches Brandenburg.

Gleichstellung braucht neue Impulse

Noch immer stehen sich Mann und Frau in Beruf, öffentlichem Leben, Bildung und Ausbildung, Familie sowie im Bereich der sozialen Sicherung nicht auf gleicher Augenhöhe gegenüber. Von der Verwirklichung des Verfassungsanspruchs nach Art. 12 Abs. 3 der Landesverfassung hat sich die Landesregierung verabschiedet. Der Versuch, sich einseitig in Familienpolitik zu retten, ist falsch und trügerisch: Strukturelle Benachteiligungen von Frauen werden über diesen Weg nicht abgebaut. Dem größten Rückschritt – die Einführung so genannter Bedarfsgemeinschaften bei Hartz IV – hat die Landesregierung bedenkenlos zugestimmt. Genau so akzeptierte sie, dass mit Einführung des Elterngeldes die Familien schlechter gestellt wurden, die kein Erwerbseinkommen beziehen. Es darf heute nicht darum gehen, die hohe Arbeitslosigkeit, die schlechtere Entlohnung oder die Unterrepräsentanz von Frauen in Führungsfunktionen mit den Mitteln der Familienpolitik erträglicher zu machen, sondern an diesen Benachteiligungen etwas zu ändern. Tatsächlich muss Gleichstellungspolitik ermöglichen, dass Frauen im Erwerbsleben gerecht bezahlt werden, dass sie ihre Existenz und ihre sozialen Risiken eigenständig sichern und dass sie verschiedene Lebensmodelle selbstbestimmt wählen können. Die Brandenburgische Frauenwoche stand unter dem Motto »Macht Chancen gleich!«. Das sollte für die Landesregierung zur Halbzeit Grund genug sein, ihre Gleichstellungspolitik zu korrigieren. Wir fragen, ob es irgendeinen Vorteil gebracht hat, dass die Familienministerin gleichzeitig Landesgleichstellungsbeauftragte ist. Es ist völlig unzureichend, wenn die Gleichstellungspolitik – wie derzeit – von Gesetz wegen nur »nach innen«, auf die Verwaltung ausgerichtet ist. Wir brauchen eine offensive Gleichstellungspolitik, die in die gesamte Gesellschaft hinein wirkt und mehr Lebensqualität für Frauen und Männer ermöglicht.

Kerstin Kaiser







FrühLINK ließ sein rotes Band …

Empfang der Linkspartei.PDS – MOL



Der Einladung – unter dem Motto »Ehre dem Ehrenamt« – waren mehr als 80 Gäste gefolgt. Neben den Miteinladern Dagmar Enkelmann als Bundestagsabgeordnete und den linken Landtagsabgeordneten Gerlinde Stobrawa, Renate Adolph und Wolfgang Heinze konnten der Landrat Gernot Schmidt, mehrere Bürgermeister und Vertreter von Vereinen, anderer Parteien und Institutionen begrüßt werden. Bernd Sachse hob in seiner Begrüßung die Bedeutung des Ehrenamtes als Scharnier zwischen privater Sphäre und staatlichem Anspruch hervor und warnte vor Missbrauch der ehrenamtlichen Arbeit zur Sanierung öffentlicher Haushalte. »Nur existenzsichernde Arbeit stärkt das Ehrenamt«, so der Kreisvorsitzende. Dieter Schäfer als Vorsitzender der Kreistagsfraktion ging in seinem Beitrag auf die gut funktionierende Kooperation im Kreis ein. Neben der musikalischen Umrahmung durch den französischen Chansonsänger Jean-Luc Dancy mit seinen leisen Frühlingsliedern und dem erst dreizehnjährigen Saxonphonspieler Joe Nowak von der Kreismusikschule MOL nutzten die Gäste die Möglichkeit der ungezwungenen Gespräche, des Austausches und der Verabredung. Alles in allem, ein gelungener »Frühlingsstart«.

Bernd Sachse

Märkisch-Oderland

Kontakte zwischen den Bürgern haben Priorität

Die Kreistagsfraktionen von SPD, die Linke. PDS und Bauernverband haben über die Umsetzung der deutsch-polnischen Vereinbarungen des Landkreises mit den benachbarten polnischen Landkreisen beraten. Darüber informierte Dieter Schäfer, Vorsitzender des Kooperationsausschusses. Er machte deutlich, dass ein wichtiger Schwerpunkt in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit vor allem die unmittelbaren Kontakte zwischen den Bürgern beider Staaten zu konkreten Projekten sein müssen. Die Vertreter der Kooperation von SPD und Linke. PDS in Strausberg berichteten über die Erfahrungen ihrer Zusammenarbeit. »Die nunmehr fast ein Jahr arbeitende Kooperation sei von hoher Sachlichkeit und Konstruktivität getragen«, so die Fraktionsvorsitzende der SPD Fraktion Christel Kneppenberg. Die Kooperation arbeite in vier Arbeitsgruppen an der Lösung kommunaler Probleme.

Mandatsträgertreffen qualifizierte Kommunalpolitische Leitlinien

Der Kreisverband DIE LINKE. PDS hatte im Februar zu einem Erfahrungsaustausch geladen. Auf der Tagesordnung u. a.: Beratung des Entwurfs der Kommunalpolitischen Leitlinien der Linkspartei.PDS für den Kreistag und alle kommunalen Vertretungen. Bis zur vorgesehenen Verabschiedung auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 31. März (nach Redaktionsschluss – die Red.) sollen die auf dem Mandatsträgertreffen und bereits vorher eingebrachten Bemerkungen und Vorschläge sinnvoll eingearbeitet werden, um ein ausgewogenes Dokument präsentieren zu können.

Allgemein ging es um straffere und konkrete Darlegung besonders unserer sozialen und kommunalpolitischen Zielstellungen im Landkreis, zugleich aber auch um Kürzungen (z.B. der allgemeinen Rahmenbedingungen) und eine sichtbare Verzahnung mit dem Leitbild des Landes hinsichtlich der Konzentration auf gemeinsame Schwerpunkte.

Bei Kompromissen muss jedoch unsere Handschrift erkennbar bleiben. Entsolidarisierungen dürfen nicht zugelassen werden. Unsere Partei, so wurde bemerkt, steht schließlich für soziale Gerechtigkeit. Das musste auch in den Leitlinien zum Ausdruck kommen wie etwa

- Verantwortung nicht nur für Entwicklung der Städte, sondern auch des ländlichen Raumes;
- Gegen Standortkonkurrenz, für Kooperationen zwischen den Kommunen;
- Erhalt öffentlichen Eigentums an Einrichtungen der Daseinsvorsorge, zugleich Schaffung günstiger Voraussetzungen für private Einrichtungen der Daseinsvorsorge (Arztpraxen);
- Solidarisches Miteinander in den Kommunen, gegen Ausgrenzung der Schwachen: Auf kommunaler Ebene sind alle Anstrengungen zu unternehmen, um Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen und alle Möglichkeiten der Arbeitsförderungsmaßnahmen auszuschöpfen.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist besonders auf die Kontrolle der Entlohnung der Beschäftigten Einfluss zu nehmen.
- Ebenso müssten die positiven Entwicklungspotentiale (hochentwickelte Landwirtschaft, Naturreichtum und Tourismus, wissenschaftliche Zentren) die Priorität vor erschwerenden Faktoren haben.
- Die Energieerzeugung aus nachwachsenden Rohstoffen, der Erhalt bezahlbaren ÖPNV, regionale Wirtschaftskreisläufe etc. sollten bei allen konkreten Projekten im Kreis eine Rolle spielen.
- Der gegenwärtige Mindestumfang der freiwilligen Ausgaben ist jährlich in den Kommunalvertretungen einzufordern.
- In der Asyl- und Flüchtlingspolitik setzen wir uns im Kreis für eine Position des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturkreise ein. Rechtsradikales Gedankengut, Neonazismus und Gewalt sind konsequent politisch zu bekämpfen. Die kommunale Ebene sollte sich an Projekten für Toleranz und Integration sowie gegen Rechtsradikalismus beteiligen.

Mittel und Wege der Umsetzung der Ziele der Partei sollten die konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Wählergemeinschaften, der ständige Dialog mit den Bürgern zu kommunalen Problemen, die Rückkopplung mit den Abgeordneten übergeordneter Gremien sein.

Arnold Sabisch

Grüne Gentechnik

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS im Brandenburger Landtag, März 2007

Der Landtag möge beschließen:
1. Der Landtag begrüßt die Bemühungen von Landwirten und Verbänden, sich freiwillig zu gentechnikfreien Regionen zusammenzuschließen und fordert die Landesregierung auf, dies zu unterstützen. Er befürwortet Bemühungen, entsprechende Regionalmarken im Land zu etablieren, diese als Imagevorteil zu nutzen und fordert die Landesregierung auf, das zu fördern.
2. Der Landtag ist der Auffassung, dass ökologisch sensible Gebiete (Nationalpark, Biosphärenreservate, Naturschutzgebiete) vom Anbau gentechnisch veränderter Organismen (GVO) freizuhalten und Koexistenzregelungen so zu gestalten sind, dass die Schutzziele in den Gebieten nicht gefährdet werden. Auf Flächen in Groß- und Naturschutzgebieten, die sich in Landesbesitz befinden, sowie in der Landesforst ist auf den Einsatz von GVO zu verzichten und gentechnikfreien Regionen beizutreten.
3. Der Landtag Brandenburg bekennt sich zum Schutz der Verbraucher und Landwirte vor GVO und unterstreicht die Notwendigkeit von wirksamen Regelungen – u.a. Abstandsflächen – beim Anbau von gentechnisch freien und gentechnisch veränderten Futter- und Lebensmitteln. Gleichzeitig fordert er die Landesregierung auf, sich gegenüber dem Bund und der Europäischen Union für eine eindeutige Kennzeichnungspflicht von Lebens- und Futtermitteln einzusetzen, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten.
4. Der Landtag fordert von der Landesregierung die bevorzugte Einordnung von gentechnikfrei wirtschaftenden Unternehmen bei der Agrarförderung. Er befürwortet eine intensive Grundlagenforschung zur Erkennung von Risiken und Chancen der Anwendung der Grünen Gentechnik.

Begründung:
Das rohstoffarme Land Brandenburg ist reich an Natur. Seen und Flüssen, Gärten und Parks, Natur- und Landschaftsschutzgebieten, Naturparks und Bioreservate prägen das Image des Landes und machen es für Einheimische und Zugereiste gleichermaßen lebenswert. Besondere Bedeutung kommt der Förderung gentechnikfreier Zonen unter dem Aspekt der Entwicklung des Landes als Natur- und Reiseland und der entsprechenden Regionalvermarktung zu. Das Land soll sich hier eindeutig positionieren und mit den Landesflächen eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Gentechnologie gehört zu den typischen Risikotechnologien, bei denen sich Nebenwirkungen erst mittel- und langfristig manifestieren. Deshalb ist eine intensive Grundlagenforschung unbedingt notwendig. Wir teilen die Skepsis von Landwirten und Verbrauchern gegenüber gentechnisch verändertem Saatgut und Futter sowie Nahrungsmittel und fordern eine Kennzeichnungspflicht. Dafür sind Aktivitäten auf der Bundes- und europäischen Ebene notwendig. Die traditionelle Züchtung und Züchtungsforschung ist auf hohem Niveau zu erhalten und weiterzuentwickeln.



Nach ND:
Am 13. März stellte Greenpeace gemeinsam mit einem französischen Molekularbiologen eine Studie vor, die belegt, dass Genmais MON683 für Ratten giftig ist. Damit ist erstmals nachgewiesen, dass eine zugelassene Gentech-Pflanze ein Gesundheitsrisiko darstellen kann.

Wer braucht Gen-Mais?

Ökologie als Chance für MOL

»Grüne Gentechnik ist keine Perspektive für Märkisch-Oderland. Solange der vermeintliche Nutzen der Technologie in einem miserablen Verhältnis zu gesundheitlichen und ökologischen Risiken steht, muss die Politik sich für den Menschen und gegen den Anbau entscheiden. Unter den derzeitigen Vorrausetzungen können wir einen Anbau transgener Pflanzen nicht verantworten«, meint der Kreisvorsitzende der Linkspartei.PDS in MOL Bernd Sachse. Gerade in einem Landkreis, in dem die ökologische Landwirtschaft und der sanfte Tourismus traditionell verankert sind, stelle der Anbau von genmanipulierten Pflanzen bisherige Entwicklungstendenzen in Frage. Durch derartige Eingriffe würden Wirtschaftsstrukturen zerschlagen, Abhängigkeiten zu internationalen Agrarkonzernen erzeugt und bäuerliche Existenzen vernichtet. Der Trend ginge nicht zur Intensivierung, sondern zur Ökologisierung der Landwirtschaft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wächst der Verbrauch von Ökoprodukten jedes Jahr in zweistelliger Größenordnung. Eine Entscheidung für die so genannte Grüne Gentechnik sei demnach wirtschaftlich als auch sozial nicht tragbar und eine Koexistenz von konventioneller und ökologischer auf der einen sowie der Gentech-Landwirtschaft auf der anderen Seite nicht möglich. Im Sinne einer ökologischen und sozialen Ausrichtung der Umweltpolitik muss daher die Möglichkeit erhalten bleiben, gentechnikfrei zu produzieren. Da geltendes Recht ein generelles Verbot von transgenen Pflanzen nicht zulässt, müsse auf lokaler Ebene Stellung bezogen werden. Der Vorsitzende des Kreisverbandes ruft deshalb die Abgeordneten aller Ebenen auf, den Landkreisen Oberhavel, Barnim und Potsdam- Mittelmark zu folgen und politische Willenserklärungen als Beschlussvorlagen einzubringen. Militante Aktionen an der Stelle von Überzeugungen lehnt er jedoch ab.

Erhalt des Forschungsinstituts

Um die Bundesforschungsanstalt für Forstgenetik und Forstpflanzenzüchtung Waldsieversdorf zu erhalten, muss die Landesregierung mehr Druck auf den Bund ausüben. Es reicht nicht aus, wenn sie angesichts der Schließungspläne des Bundesverbraucherschutzministeriums nur verbale Absichtserklärungen gibt – wie in der Antwort auf meine diesbezügliche Kleine Anfrage.
Darin bekundet die Landesregierung zwar erhebliches Interesse für die Fortführung von Forschungsaufgaben, insbesondere in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung von ländlichen Räumen am Standort Waldsieversdorf. Sie will aber erst Konzepte des zuständigen Bundesministeriums abwarten. Darin sollen u.a. gemeinsame Forschungsprojekte mit der außeruniversitären Forschungseinrichtung Leibnitz-Zentrum für Agrarforschung e.V. Müncheberg (ZALF) enthalten sein. Ich appelliere an die Landesregierung, dass gerade angesichts aktueller Fragestellungen Schließungsabsichten – auch nach Expertenmeinungen – keiner sachlichen Prüfung standhalten würden.
Das Institut hat wesentliche Bedeutung für die Ressortforschung im Forstbereich, für Untersuchungen zu jetzigen und künftigen Klimabedingungen sowie für Fragen der Biomasseproduktion. Außerdem geht es um Arbeits- und Ausbildungsplätze, für deren Erhalt sich das Land stark machen muss. So sind in Waldsieversdorf vor allem viele junge Frauen mit einer guten Ausbildung beschäftigt.
Anfang März teilte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz u.a. dem Arbeitgeber von Waldsieversdorf, der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, mit, dass die Aufgaben des Standortes Waldsieversdorf nach Großhansdorf bei Hamburg verlagert und die Liegenschaften dem Leibnitz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung zur Verfügung gestellt würden. *Renate Adolph*

Was heißt das für die Zukunft des Instituts – fragt IMPULSE die Brandenburger Landesregierung?

Rechte ohne echte Basis?

Der von der NPD geplante Kauf einer Immobilie für Schulungszwecke in Brandenburg kann nicht unterbunden werden. Das hat Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2006 betont. In dem Bericht wird auf eine wachsende Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten verwiesen, zugleich jedoch ein nachlassender Zulauf zur rechten Szene festgestellt. Verfassungsschutz-Chefin Winfriede Schreiber geht davon aus, dass die NPD nicht selbst kaufen, sondern einen Mittelsmann vorschicken wird. Rechtsextremen gehören bundesweit rund 20 Immobilien, die für Veranstaltungen genutzt werden. Die Mitgliederzahl der NPD in Brandenburg ist zwar von 190 auf 230 gestiegen, doch sei die NPD ihrem Ziel »nicht wesentlich näher gekommen«, bis zur Kommunalwahl 2008 »in der Fläche kommunale Strukturen aufzubauen«. 2006 sind laut Verfassungsschutz zwar mehrere Orts- und Kreisverbände gegründet worden, Anfang März folgte Frankfurt (Oder). Doch verfügten sie »nur über eine schmale personelle Basis«. Als »ungewiss« sieht der Verfassungsschutz die Zukunft der im Landtag vertretenen rechtsextremen DVU an, deren Mitgliederzahl um 20 auf 280 gesunken sei. Sollte die DVU 2009 nicht mehr in den Landtag einziehen, sei von einem »raschen Verfall« auszugehen. Studien zeigten, dass »insbesondere rechtsextremistische Positionen bei jungen Leuten deutlich an Rückhalt verlieren«. Dennoch ist die Zahl rechtsextrem motivierter Straftaten 2006 um 105 auf 1.399 gestiegen.



Gesamtkonzept fehlt

MdL Wolfgang Heinze zum Landesentwicklungsplan

Der vorliegende Entwurf hat kein übergreifendes Konzept als Grundlage. Ergebnisse der bisherigen Landesplanung wurden kaum bewertet. Somit geht dieser Entwurf nicht über den ersten von 2005 hinaus, der bereits nach wenigen Wochen Makulatur war.
Es bleibt offen, wie die 272 Stellungnahmen mit mehr als 1.600 Anregungen zum Entwurf des Landesentwicklungsprogrammes ihren Niederschlag in den neuesten Materialien gefunden haben. Deren Festlegungen unterscheiden sich nur unwesentlich von denen aus dem Vorjahr. Da es zukünftig keine Nahbereichsstufe im System der Zentralen Orte geben wird, sichern die benannten Mittelzentren nicht flächendeckend die gewachsenen Strukturen der Daseinsvorsorge und zukünftigen Entwicklungserfordernisse. Die Kommunen haben keine Möglichkeit mehr, über ihre Regionalplanung an der Landesplanung mitzuwirken.
Die Erreichbarkeit der Zentren über den motorisierten Individualverkehr anstelle des Öffentlichen Personennahverkehrs als Entscheidungskriterium heranzuziehen, ist nicht zu akzeptieren. Mit diesem Planungsansatz verabschiedet sich die Landesregierung von einem wichtigen Teil ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Brandenburg.
Die Tatsache, dass eine Gemeinde wie Erkner, obwohl den Landeskriterien für ein Mittelzentrum genügend, am Einspruch Berlins scheitert, wirft Fragen zur Arbeit in der gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg wie auch zu den Maßstäben für die Auswahl der Zentralorte prinzipiell auf.
Nicht geklärt scheint, wie die zukünftigen Mittelzentren in ihren Aufgaben finanziell unterstützt werden sollen. Den bisherigen Pauschalbetrag, der die Aufgaben der Daseinsvorsorge für einen Einzugsbereich von 30.000 – 35.000 Einwohnern unterstützen sollte, stellt Minister Dellmann in Frage. Eine Finanzierung nach der Einwohnerzahl benachteiligt die Bevölkerung im Bereich eines kleinen Zentralortes. Insofern ist in den nächsten Regionaldialogen wieder eine wenig befriedigende Gelddebatte zu erwarten.

W. H. ist Sprecher für Landesentwicklung und Raumordnung

Mehr als nur Fanfarenzug

Aspekte einer erfolgreichen Tätigkeit

Einem Strausberger zu erzählen, wie gut der KSC-Fanfarenzug sei, hieße Eulen nach Athen zu tragen. Über 120 Auftritte hat er allein in diesem Jahr absolviert. Vom kleinen Geburtstagsständchen bis zu internationalen Meisterschaften, von kleiner bis zur bundesweit größten Besetzung. Er ist nicht nur Deutschlands größter Spielleute-Klangkörper. Seine überwiegend Kinder und Jugendlichen haben als »Amateure« bestimmt bundesweit die größte Anzahl von Auftritten innerhalb eines Jahres. Grob überschlagen jeden dritten Tag, nicht mitgerechnet das umfangreiche Training und einige Trainingslager. Im Leben des Fanfarenzuges gibt es viele einprägsame Momente. Dieses Jahr war es auch der kräftige Regenschauer beim Friedensfest der PDS. Trotz Nässe bis auf die Haut folgte am Nachmittag in Oderberg ein Auftritt bei der Landesmeisterschaft. Dass er dort von den konkurrierenden Spielmannszügen mit großem Beifall empfangen wurde, ist bisher einmalig im Verhältnis der Spielleutegenre untereinander. Ausdruck des Ansehens, das die Strausberger in Fachkreisen besitzen. Unter den Zuschauern auch Dagmar Enkelmann. Sie und ebenso Kerstin Kaiser sind Mitglieder des Fanfarenzug-Fördervereins. Wer solche Leistungen vollbringt, braucht das intakte Umfeld. Zumal der Fanfarenzug sich selbst und anderen weitere Freizeitangebote wie Volley- oder Basketball, Tischtennis oder »Kameradenabende« regelmäßig organisiert und durchführt? Der Fanfarenzug als Rundumfreizeitangebot, sozusagen als zweites Zuhause. Dabei auch Jugendliche, die noch keine Lehre oder einen Studienplatz bekommen haben oder welche, die es aus diesen Gründen in die »Fremde« verschlagen hat.
Der Strausberger KSC-Fanfarenzug hatte diesjährig vier bedeutende Stadt-»Events«, in die er auch andere Gruppen und Vereine einbezog, die alle von Atmosphäre und Anklang begeistert waren. Ob Jugendfeuerwehr, Sportabteilungen des KSC, Kinderbauernhof, ob Country-Tänzer oder Gesangsgruppen. Und immer der Gedanke, etwas für Strausberg zu tun und gleichzeitig »Dankeschön« zu sagen. Dankeschön für die Eltern, die Hauptsponsoren in Sachen Zeit und Kosten. Dankeschön für die Förderer und Sponsoren. Dankeschön für den Förderverein, der ihn oft mit »Mann und Maus« unterstützt. Das größte Dankeschön jedoch soll den Mitgliedern selbst, ihren Übungsleitern und der jungen Leitung gelten. Leider ignoriert der zuständige Deutsche Turnbund, nicht der Landesturn- und Sportverband, solche Leitungen. Dass ostdeutsche Fanfarenzüge aus Strausberg, Potsdam, Dresden oder Berlin, auch Frankfurt/Oder, das nationale und internationale Niveau ihres Genres bestimmen, hat sich zwar herumgesprochen, aber für alle Kosten ihrer Meisterschaften bzw. ihrer Teilnahme müssen sie im Prinzip selbst aufkommen. Da war selbst als Titelverteidiger eine Teilnahme an den letzten Weltmeisterschaften nicht möglich. Und das, obwohl der Fanfarenzug ein wirtschaftsbelebender Faktor ist. Da gibt es Bedarf an Instrumenten und Zubehör, an Bekleidung, an Transport- und Trainingslagerkapazität oder auch an gastronomischen Leistungen. Das meiste bleibt in Stadt, Kreis und Land.
Fazit: Wir haben einen großen leistungsstarken Fanfarenzug, der darüber hinaus eine intensive Jugendarbeit betreibt, großes Ansehen besitzt und trotzdem bescheiden bleibt. Seine weitere Förderung ist aber lebenswichtig, wenn wir dieses Stückchen Strausberger Kultur- und Sportgut erhalten wollen. **www.fanfarenzug-strausberg.de**

Altersarmut ein Thema – oder nicht ?



In einer Zeit, in der Horrorfilme über die Alten, das Altern und das Leben in gut zwanzig Jahren gezeigt werden, in denen das Leben alles andere als rosig ist, darf man die Frage doch zumindest stellen.

Ja, Altersarmut ist sehr wohl ein Thema, denn schon heut gibt es alte Menschen, die mit Ihrer Rente nicht auskommen, wenn es um die Sicherung des Lebensunterhalts geht. Sie brauchen Unterstützung. Die Zahl derer, die von Altersarmut betroffen sein werden, nimmt bei künftigen Rentnerjahrgängen zu. Wer Arbeitslosengeld II bezieht, das oft über einen langen Zeitraum, weil Langzeitarbeitslosigkeit eben auch ein Thema ist, wer trotz Arbeit ergänzende Sozialhilfe braucht, für den ist Altersarmut vorprogrammiert, war doch private Vorsorge ebenso unmöglich. Die Volkssolidarität hat eine Studie, Sozialreport, vorgelegt, die deutlich die Befürchtungen Älterer, aber auch der 40–60jährigen darstellt. Diese Studie fragt, ob 2006 Verbesserungen, keine Veränderungen oder Verschlechterungen der sozialen Gerechtigkeit erwartet werden. 63 % der Befragten befürchteten hier Verschlechterungen. Ein Leben im Alter soll ein Sich-zur-Ruhe-Setzen beinhalten, bei dem aber deutlich Unruhe gespürt werden kann. Etwa, weil eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben möglich sein soll. So heißt Verhinderung von Altersarmut eben nicht nur, Wohnung und die Ernährung zu sichern, sondern eben besonders auch, dem Alter geschuldet, uneingeschränkt medizinische Hilfe und Betreuung in Anspruch nehmen zu können. Heißt auch, Kunst und Kultur genießen zu können bzw. selbst zu »betreiben«. Verhinderung von Altersarmut beinhaltet für uns deshalb auch immer, einen gewissen Lebensstandard zu sichern. Deshalb ist ein Zusammenschluss mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, unser Engagement in der Armutsbekämpfung und in der Hilfe für Arme in den nächsten Jahren deutlich zu verstärken. Eine unserer »alten« Forderungen darf nicht in Vergessenheit geraten: Angleichung des Ost-Rentenwertes an den Rentenwert im Westen. Es geht um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, auch für ältere Menschen. Der Unterschied zum Nachteil der Rentnerinnen und Rentner im Osten beträgt noch immer 12,1 %. Auch das ist ein wesentlicher Schritt, um ein weiteres Absinken der Lebensqualität im Alter zu verhindern. Es bleibt viel zu tun. Wir müssen dranbleiben, damit ein Altern in Würde überhaupt möglich ist.

Irene Wolff-Molorciuc,
Seniorenpolitische Sprecherin
der Fraktion Linkspartei.PDS
im Brandenburger Landtag und
Landesvorsitzende der Volkssolidarität Brandenburg e.V.

»Die alten sozialistischen Vorstellungen …«

… vermutet der katholische Bischof Mixa hinter dem Vorstoß der CDU-Familienministerin von der Leyen zu mehr Krippenplätzen. Dabei haben auch die skandinavischen Länder, Frankreich und andere längst bewiesen, dass ein hoher Anteil von Frauen an den Berufstätigen nicht nachteilig für die Geburtenrate sein muss – im Gegenteil. Familie und Beruf für Frauen und Männer gleichermaßen in Übereinstimmung zu bringen, ist nicht allein individuelle Verantwortung, sondern eine öffentliche Aufgabe. Und dass Kindern Kontakte zu anderen Kindern nicht schaden, dass sie vieles an Bildung und Erziehung für ihr Leben mitbekommen, dass sich dabei schon sehr selbstständige und selbstbewusste Menschlein entwickeln, haben in der DDR Millionen erfahren. Die LINKE. im Bundestag fordert ein flächendeckendes elternbeitragsfreies Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen vom ersten Lebensjahr an. Wer das, wie die saarländische Linkspolitikerin Christa Müller, einen »öffentlichen Propagandafeldzug für die Fremdbetreuung auch von Kleinstkindern nennt«, diskriminiert die Arbeit von engagierten Erzieherinnen und Erziehern und blendet völlig aus, dass Kinder sich in der Regel am besten entwickeln, wenn sie zu Hause von entspannten Eltern und in der Krippe qualitativ gut betreut werden. Beides gegeneinander auszuspielen, ist der falsche Weg.
Ihre, Eure Dagmar Enkelmann

REGIONALES

Fürstenwalde/Strausberg

Goldene Bäcker

Ende Februar kamen Bäckermeister und Backunternehmer in Fürstenwalde zusammen, um goldene Medaillen der Innung für ihre Meisterwerke entgegenzunehmen. An der vorherigen Prüfung im Strausberger Handelscentrum hatten sich elf Bäcker beteiligt, deren Verbreitungsgebiet von Seelow bis Beeskow und von Schöneiche bis Frankfurt reicht. Von den 42 abgegebenen Brötchen verschiedener Sorten waren elf mit »sehr gut« und 15 mit »gut« bewertet worden. 16 erhielten die Note »zufrieden stellend«.

Das meiste Gold ging nach Strausberg. Backunternehmer Dirk Hennig bekam für elf vorgelegte Brötchen vier Bewertungen mit sehr gut, viermal gut und dreimal zufrieden stellend. Bäckermeister Benno Klein erhielt drei goldene Medaillen für seinen Schusterjungen, das Brötchen und das Mohnbrötchen. Die Bäckerei Vetter aus Woltersdorf darf mit zwei goldenen Urkunden für ihre Knüppel und Roggenbrötchen werben. Dies ist allerdings auf drei Jahre beschränkt. Dann wird wieder geprüft.

Strausberg

Weniger Arbeitslose als vor Jahresfrist

Die Zahl der Arbeitslosen ist im Landkreis MOL im Februar gegenüber dem Vormonat nahezu konstant geblieben. Laut Arbeitsmarktbericht waren 17.141 Arbeitslose und damit 31 mehr als im Januar registriert. Vor Jahresfrist hatte die Zahl allerdings noch um 3.292 höher gelegen. Während die Arbeitslosenquote damit bei 17 Prozent lag, hatte sie im Februar 2006 noch bei 20,1 Prozent gelegen. Es gibt allerdings nach wie vor beträchtliche Unterschiede. So betrug die Arbeitslosenquote in Strausberg 12,8 Prozent, in Seelow dagegen 25,1 Prozent. In Strausberg waren im Februar 8.413 Arbeitslose registriert, 42 mehr als im Januar. Vor Jahresfrist hatte die Zahl noch um 1.900 höher gelegen. Die Arbeitslosenrate blieb im Berichtszeitraum mit 12,8 Prozent unverändert, im Vergleich zum Vorjahresmonat verringerte sie sich um 2,8 Prozent.

Brillen für Kuba!

Noch immer fehlt es »dank« amerikanischen Wirtschaftsembargos an vielem auf der kleinen, tapferen Insel, auch an Brillen. Jede Leserin, jeder Leser von IMPULSE hat sicher eine überflüssig. Bitte bringt diese und die Eurer netten Nachbarn bis spätestens 1. Mai in die Geschäftsstelle oder das Wahlkreisbüro in Strausberg. Danke und Saluté!
(siehe Termin 2. Mai)

LINKE-Bürgerbüros der Abgeordneten

Dagmar Enkelmann – MdB
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiter: Bernd Sachse
Tel.: 0 33 41 / 30 39 84
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 9.00 – 16.00 Uhr
Freitag nach Vereinbarung
dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Kerstin Kaiser – MdL
15344 Strausberg, Wallstraße 8
Mitarbeiterin: Helga Burgahn
Tel.: 0 33 41 / 49 77 11
Fax: 0 33 41 / 30 39 85
Mo. – Do. 8.00 – 16.00 Uhr
buergerbuero.mdl@ewetel.net

Wolfgang Heinze – MdL
15306 Seelow, Fichtenweg 4
Mitarbeiter: Uwe Hädicke
Tel.: 0 33 46 / 88 41 21
Fax: 0 33 46 / 88 41 59
Mo. 8.00 – 10.00 Uhr
oder nach Vereinbarung
heinze-seelow@web.de

Gerlinde Stobrawa – MdL
16259 Bad Freienw., Grünstr. 8
Mitarbeiter: Joachim Fiedler
Tel.: 0 33 44 / 30 13 55
Mo. – Mi. 9.00 – 13.00 Uhr
Do. 9.00 – 17.00 Uhr
Fr. 9.00 – 12.00 Uhr

Renate Adolph – MdL
15366 Hoppegarten, OT Hönow
Mahlsdorfer Str. 61 / HEP
Mitarbeiterin: Helga Hummel
Tel.: 030 / 99 27 47 49
Fax: 030 / 99 27 47 43
Mo., Mi., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
renate@adolph.de

LINKE-Geschäftsstellen

STRAUSBERG
Große Straße 76
15344 Strausberg
Tel.: 0 33 41 / 31 17 96
Fax: 0 33 41 / 31 47 75
www.pds-mol.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 8.00 – 12.00 Uhr

SEELOW
Breite Straße 9, 15306 Seelow
Tel./Fax: 0 33 46 / 4 17
www.pds-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 9.00 – 12.00 Uhr
Di. 9.00 – 12.00 Uhr
15.00 – 17.00 Uhr

BAD FREIENWALDE
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Tel./Fax: 0 33 44 / 34 66
Öffnungszeiten:
Di. 9.00 – 11.30 Uhr
14.00 – 16.00 Uhr

Warum denn in die Ferne schweifen …

Wie wär´s denn mal mit einem Besuch des Wasserturms in Waldsieversdorf? Mit Wasser hat der zwar schon lange nichts mehr zu tun, aber seit seiner umfangreichen Restaurierung 1998 ist er sozusagen das Wahrzeichen des staatlich anerkanntem Erholungsortes und als Aussichtsturm zu ersteigen. Auch zu dieser Jahreszeit ist der Ausblick reizvoll, da die Bäume kein Laub tragen. Die Buckower Kirche ist mit bloßem Auge zu erkennen. Der Aufstieg ist zu schaffen. Es sind nur wenige Stufen, die sich lohnen.
Weiteres unter:
www.waldsieversdorf.info





Erster Spatenstich an der neuen 66-Meter-Schanze in Bad Freienwalde, die bereits im Oktober eröffnet werden soll. Die Kosten belaufen sich auf rund 1,2 Millionen Euro. Für rund 70 Prozent sollen Fördermittel eingesetzt werden, der Rest stammt aus Eigenmitteln des Wintersportvereins.

Urabstimmung

Entsprechend der Beschlüsse des Bundesparteitages vom 24./25. März findet in unserer Partei vom 30.3.–18.5. eine Urabstimmung zur Verschmelzung mit der WASG statt. Dazu bekommen alle Mitglieder vom Bundesvorstand Post mit den entsprechenden Materialien. Der Urabstimmungsschein muss im verschlossenen Umschlag dem Landesvorstand zurück geschickt werden. Aus Kostengründen empfiehlt sich der Weg über die Basisorganisationen und die Geschäftsstellen zum Landesvorstand. Der Kreisvorstand ruft alle Mitglieder auf, an der Urabstimmung teilzunehmen und mit »Ja« zu stimmen sowie die Zeit der Urabstimmung für Aktivitäten in der Öffentlichkeit zur Erläuterung der Ziele der neuen Partei und zur Gewinnung neuer Mitglieder zu nutzen.
Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Urabstimmung sowohl von der Beteiligung als auch vom Ergebnis her ein voller Erfolg und ein guter Start für die neue LINKE wird.

Wolfram Wetzig, Kreisgeschäftsführer

TERMINE – VERANSTALTUNGEN – AUSSTELLUNGEN APRIL/MAI 2007

19.4., 18:00, »Linke Gespräche« mit Kerstin Kaiser, MdL: »Ein Leitbild für Brandenburg«, LinksTreff, Strausberg

24.4., 18:00, Sozialismus im 21. Jahrhundert? – Eine Diskussion mit Erhard Crome, »Zur Fähre«, Große Straße 1, Strausberg

30.4., 18:00, Eröffnung der Ausstellung »Faschismus-Rechtsextremismus« mit Werken von John Heartfield (1891–1968) – mit Unterstützung des Förderkreises »John Heartfield« der Gemeinde Waldsieversdorf und den Erben des künstlerischen Nachlasses, LinksTreff, Strausberg, mit Dagmar Enkelmann (MdB) und Kerstin Kaiser (MdL)

1. Mai in Strausberg:
9:30 Kranzniederlegung am Gedenkstein (Bonhoefferheim), 10 Uhr Maikundgebung Ecke Landsberger Tor

2.5., Kuba zu Gast in Strausberg: ab 17:00 im Klub am See Stände von Cuba sí und Kareen, 18:00 Film »Meet The Revolution« und Diskussion mit dem Botschafter der Republik Kuba, Seine Exellenz Gerardo Peñalver Portal, und Dagmar Enkelmann

3.5., 16:30, Entnahme von Erde für Bundestag, Gedenkstätte Seelow durch Dagmar Enkelmann und andere Brandenburger MdB

6.5., 10:00, Ehrendes Gedenken den sowjetischen Gefallenen des 2. Weltkrieges an ihrem Ehrenmal in Wolthersdorf, Thälmannplatz, mit Dagmar Enkelmann

8.5., 17:00, Stille Kranzniederlegung zum Tag der Befreiung vom Faschismus an der Gedenkstätte Seelow, Kreis- und Stadtvorstand

IMPULSE
www.pds-mol.de

Herausgeber:
Kreisvorstand der Linkspartei.PDS – MOL
Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung sinnwahrend redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.
Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Christine Hempel,
01 73 / 6 14 00 67 · hempel@typegerecht.de

Redaktionsschluss: 21.3.2007

Gesamtherstellung:
SLC-GmbH, Badstraße 2, 15344 Strausberg
0 33 41 / 30 94 05 · info@slc-gmbh.de